



## Des Volkes Stimme!

Tunesien nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung

**ELISABETH BRAUNE**

November 2011

- Rund 10 Monate nach dem Sturz des Diktators Ben Ali wählten am 23. Oktober 3,7 Millionen Tunesierinnen und Tunesier erstmalig frei und demokratisch die Zusammensetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die in den kommenden Monaten über grundlegende Reformen der nationalen Institutionen befinden soll. Dies sind dennoch mit 48,9 Prozent der Wahlberechtigten weitaus weniger, als die historische Dimension der Wahlen sowie die hohe Mobilisierung durch die Unabhängige Wahlkommission im Vorfeld hätte erwarten lassen.
- Die Ergebnisse der Wahlen offenbaren ein Land auf der Suche nach seiner kulturellen Identität, die erstmals offen verhandelt werden kann, und sind vor allem für die bisherigen modernen und francophonen Eliten im Großraum Tunis eine schallende Ohrfeige. Zwar war ein deutlicher Wahlsieg der gemäßigt islamistischen Ennahda im Vorfeld der Wahlen prognostiziert worden. Vor dem Ausmaß ihres Sieges mit über 40 Prozent der Mandate hatten Kontrahenten und Analysten jedoch bis zuletzt konsequent die Augen verschlossen.
- Die Angst vor einer radikalen Islamisierung des Landes schlägt seither hohe Wellen, erscheint jedoch übertrieben: Selbst wenn eine Überlagerung des bislang gemäßigten Diskurses durch eine radikalere Basis auf mittlere Sicht nicht ausgeschlossen werden kann, muss auch Ennahda sich mit den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes auseinandersetzen, die vor allem eine Stabilisierung des Tourismussektors und die Schaffung neuer Arbeitsplätze dringend notwendig machen, und einen pragmatischen Kurs nahe legen.

In der Parteizentrale der gemäßigt islamistischen Ennahda-Bewegung in der Innenstadt von Tunis herrscht geschäftiges Treiben. Seit ihrem überraschend deutlichen Sieg bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober hat die Parteiführung als aller-erstes ein Wartezimmer eingerichtet, da die ganze Welt sich nun dafür interessiert, um wen es sich da eigentlich handelt. Genau das fragen sich auch viele Tunesierinnen und Tunesier, insbesondere der linken und liberalen bürgerlichen Eliten im Großraum Tunis, für die das Ergebnis vielleicht sogar noch überraschender war. Und deren Nerven nun blank liegen angesichts eines Blicks in den Spiegel, der die Zerrissenheit ihres Landes auf der Suche nach seiner kulturellen Identität offenbart, die erstmals nach langen Dekaden der Kolonialzeit und autoritären Regimen offen verhandelt werden kann. Es ist jedoch vor allem der Riss zwischen Arm und Reich, der das Land spaltet, und der die politische Prioritätensetzung bestimmen muss, da sonst auch im neuen demokratischen Rahmen neue Unruhen nur eine Frage der Zeit sind.

## Die vorläufigen Endergebnisse wurden mit erheblicher Verzögerung bekannt gegeben

Nachdem die Veröffentlichung der Wahlergebnisse immer wieder verschoben worden war, verkündete die Unabhängige Wahlkommission (ISIE) vier Tage nach der Wahl die vorläufigen Endergebnisse, nach denen Ennahda 90 Sitze (41,47 %) der Verfassungsgebenden Versammlung erlangt hat und damit mit Abstand die stärkste Fraktion sein wird, gleichzeitig aber alleine über keine Mehrheit verfügt. Mit 30 Sitzen (13,83 %) folgt mit großem Abstand auf Platz 2 der links-liberale *Congrès pour la République* (CPR) des bekannten Exil-Oppositionellen Moncef Marzouki, und auf Platz 3 mit 21 Sitzen (9,68 %) das sozial-demokratische Forum *Démocratique pour le Travail et les Libertés* (FDTL/Ettakatol) des langjährigen Oppositionellen Mustapha Ben Jafaar. Mit beiden führt Ennahda derzeit Gespräche über mögliche Allianzen in der Verfassungsgebenden Versammlung sowie über eine Aufteilung von Regierungsämtern. Ennahda gibt sich in ihrem Diskurs und ihrem Programm moderat, hat sich zur säkularen Republik bekannt, auch wenn sie darin den individuellen Freiraum für die Religion aufwerten möchte. Als Vorbild nennt die Bewegung die türkische AKP Erdogans, die gerade in ihrer Kombination aus erfolgreicher wirtschaftlicher Liberalisierung und Moderni-

sierung in Verbindung mit einem klaren Bekenntnis zur muslimischen Identität für viele in der Arabischen Welt diesen Stellenwert hat.

Letztlich auf Platz 4 mit 19 Sitzen (8,76 %) folgt die eigentliche Überraschung der Wahlen, die Liste Al-Aridha al-Chaabea (»Petition des Volkes«) des reichen Auslands-tunesiers Hachemi El Hamdi, der von London aus über seinen privaten Satellitensender und rund um die Uhr Wahlversprechen verbreitet hatte und insbesondere im Landesinneren erhebliche Stimmen erlangen konnte. Die Listen von Al-Aridha wurden jedoch von der ISIE in sechs Wahlbezirken annulliert, zum Teil, da hochrangige Vertreter der ehemaligen Einheitspartei Ben Alis RCD entgegen der gesetzlichen Regelungen mit zur Wahl standen, zum Teil, da Verstöße gegen das Gesetz zur Finanzierung der Wahlkampagne vorlagen. Konkret bedeutet das, dass Al-Aridha 11 von 30 Sitzen aberkannt wurden. In seinem Geburtsort Sidi Bouzid, in dem ja bekanntermaßen mit der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 der Arabische Frühling begann, kam es indes zu erheblichen Ausschreitungen. Al-Aridha hatte dort rechnerisch 5 von 8 Sitzen erlangt, auf die nun andere Listen mit erheblich weniger Stimmen nachrückten. Die rechtliche Prüfung dieses Sachverhaltes hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass die vorläufigen Endergebnisse erst so spät durch die ISIE verkündet wurden.

Politisch vollkommen unbekannt, war über die ideologische Ausrichtung von Al-Aridha und ihre mögliche Rolle als bequemer Königsmacher für Ennahda seit Bekanntwerden verschiedener Teilergebnisse heftig spekuliert worden. El Hamdi selbst war früher aktives Mitglied der unter dem alten Regime verbotenen und verfolgten Ennahda, die er später verließ, um zu einem Günstling Ben Alis und seiner Frau Leila zu werden. Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, bekannten Oppositionellen wie der Menschenrechtlerin Sihem Ben Sidrine oder auch Moncef Marzourki von der CPR in seinem Sender ein Forum zu bieten (was regelmäßig zu Unterbrechungen der Übertragung in Tunesien führte). Er kündigte an, dass Al-Aridha aus Protest auch die verbleibenden 19 Mandate boykottieren würde, was derzeit rechtlich geprüft wird mit offenem Ergebnis, auch im Hinblick auf das mögliche Nachrücken anderer Listen. Ennahda hat unterdessen jegliche Kooperation mit Al-Aridha zurückgewiesen. Die Annullierung der Listen birgt jedoch erheblichen sozialen Sprengstoff, zeigt das Ergebnis doch

auch, wie groß die Verzweiflung über fehlende Perspektiven anscheinend im Landesinneren tatsächlich ist, und wie groß das Misstrauen gegenüber dem politischen Establishment.

Erst hinter Al-Aridha Liste folgt dann mit 17 Sitzen (7,83 %) die populistisch-liberale *Parti Démocratique Progressiste* (PDP) von Maya Jribi und Ahmed Néji Chebbi, der sich in einem sehr kostspieligen und aufwändigen Wahlkampf, der in erster Linie auf kompromisslose Konfrontation zu Ennahda ausgerichtet war, bereits als zukünftiger Präsident gebärdet hatte und insofern eine besonders große Fallhöhe zu bewältigen hat. Weit abgeschlagen kommen dann noch dahinter das linke Wahlbündnis *Pôle Démocratique Moderniste* mit 5 Sitzen (2,3 %), die Partei *L'Initiative* des ehemaligen RCD-Außenministers Kamel Morjane mit ebenfalls 5 Sitzen (2,3 %) und der liberale *Afek Tounes* mit 4 Sitzen (1,84 %). Die verbleibenden 21 Sitze verteilen sich auf insgesamt 17 Listen, darunter mehrere unabhängige, aber mit nur einem Sitz unter anderem auch die *Union Patriotique Libre* (UPL) des in Libyen reich gewordenen tunesischen Geschäftsmannes Slim Riahi.

## Niedrige Wahlbeteiligung trotz historischer Dimension der Wahlen

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für die Zukunft Tunesiens? Zunächst einmal deutet die niedrige Wahlbeteiligung von nur 48,91 Prozent angesichts der »historischen Dimension« der Wahlen sowie der erheblichen Öffentlichkeitsarbeit seitens der Unabhängigen Wahlkommission darauf hin, dass ein großer Teil der Bevölkerung dem politischen System an sich nach wie vor grundlegend misstraut und hier erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die unmittelbar nach den Wahlen veröffentlichten Zahlen, die euphorisch von einer Wahlbeteiligung von 70-80 Prozent berichteten, bezogen sich auf die Anzahl der freiwillig registrierten Wählerinnen und Wähler und waren insofern irreführend. Zwar war nach einer Verlängerung der ursprünglichen Fristen in den August hinein das erklärte Ziel einer Registrierung von über 50 Prozent der potentiellen Wählerinnen und Wählern erreicht worden. Dass von diesen freiwillig Registrierten jedoch letztlich nur 77,7 % wählen gegangen sind, sich also fast ein Viertel schlussendlich nicht zur Wahl hat entschließen können, obwohl sie bereits den Aufwand einer freiwilligen Registrierung betrieben hatten, relativiert das weit verbreitete Gefühl einer enorm hohen Wahlbeteiligung erheblich.

Doch was sind nun die Gründe für den überraschend deutlichen Wahlsieg der Ennahda? Unter den vielen Erklärungsansätzen für die Niederlage der säkularen Parteien gibt es Stimmen, die die Verschiebung der Wahlen vom ursprünglich angesetzt 24. Juli auf einen späteren Termin für die eigentliche Wurzel allen Übels halten. Dies habe Ennahda noch mehr Zeit gegeben, sich in den Regionen zu engagieren. Diese Argumentation greift jedoch zu kurz, da ja auch alle anderen Parteien diese Zeit zusätzlich zur Verfügung gehabt haben. Und auch wenn es in der Tat einige Verwirrung gab im Hinblick auf die Frage, was denn nun eigentlich gewählt wird, ist der Erklärungsansatz, viele Wählerinnen und Wähler hätten eigentlich etwas anderes wählen wollen, völlig unzureichend. Denn auch wenn dieses Wahlergebnis weder dem Selbstbild der bisherigen politischen Eliten noch den Wunschvorstellungen Europas entspricht, so hat die Stimme des Volkes doch einiges recht klar auf den Punkt gebracht:

Erstens liegen die Mehrheiten in Tunesien nicht links der Mitte, sondern deutlich rechts davon, wovon Ennahda auch mangels wertkonservativer Alternativen in besonderem Maße profitiert hat. Andererseits: wertkonservativ bedeutet eben nun mal, dass ein starker Bezug zur kulturellen und religiösen Tradition gegeben ist, eine säkulare konservative Alternative ist undenkbar. Vor diesem Hintergrund und angesichts vieler, radikalerer islamistischer Gruppierungen stellt sich insofern die Frage, ob es nicht angemessener wäre, Ennahda als »islamische« Partei zu bezeichnen, statt sie weiterhin als »islamistisch« zu stigmatisieren. Dass die benachteiligten Regionen des Landesinneren in der Zuteilung von Mandaten im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl tendenziell aufgewertet und somit stärker repräsentiert sind als die bereits entwickelten Küstenregionen, war politisch gewollt, trägt aber noch zusätzlich zu der Verschiebung der internen Wahrnehmung bei. So erlangten die ländlichen Wahlbezirke mit bis zu 250.000 Einwohnern zwei zusätzliche Mandate, und Wahlbezirke mit bis zu 500.000 Einwohnern jeweils ein zusätzliches Mandat, um die Dominanz der Städte zu relativieren.

Zweitens hat das Ergebnis der Wahlen noch einmal deutlich unterstrichen, dass der Ausgangspunkt der Proteste in Sidi Bouzid und den Regionen im sogenannten »vergessenen Tunesien« in erster Linie die Verzweiflung und Perspektivlosigkeit angesichts desaströser sozio-ökonomischer Bedingungen war, und erst in zweiter Linie ein

Aufbegehren gegen die Unterdrückung von Meinungsfreiheit und bürgerlichen Rechten, für das die städtischen Eliten sich mit den Protesten solidarisierten und zu ihrem eigenen Anliegen machten. Dafür spricht auch, dass zum einen die Parteien insgesamt überraschend gut abschnitten, die in sehr konkretem Umfang und lokal vor Ort »bei den Leuten« soziale Dienstleistungen anboten, die anscheinend besonders dringlich fehlen – wie Ennahda und Al-Aridha. Und dass zum anderen diejenigen Parteien, die besonders viele Mittel in aufwändige Kampagnen investierten (statt Geld an die Bedürftigen zu geben) – wie die beiden liberalen Parteien PDP und die UPL, tendenziell weit unter ihren eigenen Erwartungen blieben.

Drittens hat das Volk den Schlussstrich unter dem alten Regime noch einmal nachdrücklich bekräftigt: Von den mindestens vier RCD-Nachfolgeparteien hat nur *l'Initiative* überhaupt, aber eben auch nur in sehr begrenztem Umfang, Stimmen erhalten. Und mit Ettakatol, CPR und Ennahda sind nunmehr drei Parteien Hauptakteure der Verfassungsgebenden Versammlung, die als ehemalige heftige Opposition zu Ben Ali glaubwürdig für eine umfassende Aufarbeitung des begangenen Unrechts stehen. Sicherlich kam Ennahda dabei zu Gute, dass sie als besonders unterdrückte und verfolgte Opposition als besonders unverdorben vom System Ben Ali wahrgenommen wird.

## Ennahda hat die Mehrheit in allen 33 Wahlkreisen erlangt

Denn Fakt ist – ob es einem gefällt oder nicht – dass Ennahda nach der Annullierung von Al-Aridha in *allen* 33 Wahlkreisen die meisten Stimmen und zwischen zwei und vier Mandate erhalten hat. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch, dass diese Wählerschaft einen stärker religiös ausgerichteten Staat, weniger Frauenrechte oder gar die Sharia will. Sicherlich darf die Möglichkeit einer Radikalisierung durch ihre Basis oder die Überlagerung durch radikalere islamistische Gruppierungen nicht unterschätzt werden, grundsätzlich sollte die Ennahda – wie jede andere Partei auch – jedoch auf der Grundlage ihres Parteiprogramms und seiner politischen Umsetzung beurteilt werden. Und dieses beruft sich zwar auf den Islam als Quelle der Kraft und Inspiration, beschäftigt sich ansonsten aber sehr weltlich und pragmatisch mit den vielen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Landes. Gerade die Tatsache, dass Reli-

giosität in Tunesien durch den Staat so eingeschränkt und marginalisiert war, erklärt die Hinwendung zur religiösen Tradition auch als einen Akt der Selbstvergewisserung, zu der die starke Polarisierung der tunesischen Gesellschaft in den Wochen vor der Wahl in dieser Frage noch zusätzlich beigetragen hat.

## Zwei links-bürgerliche Parteien als säkulares Korrektiv

Denn tatsächlich ist der säkular-europäisch geprägte Lebensstil der nördlichen Vororte von Tunis, der bislang auch die Außenwahrnehmung Tunesiens dominierte, die Ausnahme, nicht die Regel. So hat das sozial-demokratische Forum FDTL/Ettakatol selbst in ihren beiden Hochburgen Tunis 2 und Ben Arous nach Ennahda jeweils nur 6 den 2. Platz und nur 2 Mandate erreicht, sowie in den größeren Städten des Landes noch jeweils ein Mandat: In den 11 Wahlbezirken des Landesinneren und des Südens jedoch hat Ettakatol schlicht und ergreifend kein einziges Mandat erlangt. Trotz ihrer deutlichen Bemühungen, sich volksnäher und bodenständiger zu zeigen, was sich unter anderem auch in ihrer Umbenennung in »Ettakatol« (Arabisch für »Forum«) statt des jahrelang gebräuchlichen französisch-intellektuellen Namens »Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés« äußert. Ihr Parteivorsitzender Mustapha Ben Jafaar ist von Haus aus Arzt und zweifelsohne einer der wenigen Aufrechten, in Tunesien verbliebenen Oppositionellen, von der breiten Bevölkerung wird er und seine Partei jedoch augenscheinlich primär als Partei der städtischen (frankophonen) Eliten wahrgenommen. Dass er wie kein anderer für eine grundsätzliche Konsensorientierung steht, und im Vorfeld der Wahlen Gesprächsbereitschaft in alle Richtungen, auch zur Ennahda hin, signalisiert hatte, hatte ihm zwar vor allem aus dem linken und liberalen Spektrum erhebliche Kritik eingebracht, macht ihn jedoch insgesamt umso mehr zu einer Schlüsselfigur für eine Ein- und Anbindung von Ennahda in der bürgerlichen Mitte.

Der links-liberale CPR hat im Gegensatz dazu in 30 von 33 Wahlkreisen, also auch im Landesinneren und im Süden, jeweils ein Mandat erlangt. Der Menschenrechtler Moncef Marzouki ist erst nach der Revolution aus dem Exil zurückgekehrt und gilt ebenfalls als kompromissloser »Abrechner« mit dem alten Regime. Er konnte an ein breites Netzwerk der Tunesischen Menschenrechts-

liga, deren ehemaliger Präsident er ist, in allen Regionen anknüpfen, und ist außerdem wie kein zweiter aus dem Satellitenfernsehen bekannt als prinzipientreuer Oppositioneller. Seine in den 1970er Jahren sicherlich sehr moderne und für ihn so charakteristische Hornbrille – nach seiner Rückkehr aus dem Exil Zielscheibe von Hohn und Spott der Generation Facebook – hat er kurzerhand zum Markenzeichen seiner Partei stilisiert. Er hat immer wieder betont, dass er keine Berührungsgänge zur Ennahda hat (genauso wenig wie zu anderen wertebasierten Gesellschaftsentwürfen), solange die institutionelle Verankerung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten gewährleistet ist.

Es ist richtig, dass Ennahda sich stark in den Regionen engagiert hat. Anders als andere Parteien musste sie aber nicht erst »in die Regionen gehen«, da sie von jetzt auf gleich auf ein weit verzweigtes Netz an engagierten (und Beiträge zahlenden) Mitgliedern zurückgreifen konnte und insofern bereits vor Ort verankert war. Und auch wenn es Hinweise auf unzulässige finanzielle Zuwendungen oder Versprechungen an potentielle Wähler sowie auf Finanzierung aus dem Ausland gibt, ist das Urteil von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern im Hinblick auf die Transparenz und Unabhängigkeit der Wahlen eindeutig: es ist nach allen derzeit vorliegenden Informationen nicht zu erwarten, dass die gemeldeten Unregelmäßigkeiten die Wahlergebnisse beeinflussen werden. Schlüssel zum Verständnis des Wahlerfolgs von Ennahda ist und bleibt ihre Wahrnehmung in der breiten Bevölkerung als eine Partei auf Augenhöhe, die – im wahrsten Sinne des Wortes – die Sprache des Volkes spricht.

## Eine Verfassung für alle Tunesierinnen und Tunesier

Mit Verkündung der vorläufigen Endergebnisse durch die Unabhängige Wahlkommission begann auch die 48-stündige Frist für Einsprüche aller Art. Mit endgültigen Ergebnissen wird vor diesem Hintergrund erst in etwa 2 Wochen gerechnet. Erst dann kann der derzeitige Übergangspräsident die Verfassungsgebende Versammlung einberufen. Der Alterspräsident, unterstützt von den beiden jüngsten Mitgliedern, wird mit der Bildung einer Kommission zur Erarbeitung einer internen Geschäftsordnung beauftragt. Und erst wenn diese festgelegt ist, wird der Präsident auf Vorschlag der Ver-

fassungsgebenden Versammlung hin einen neuen Übergangspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragen. Dafür bringen sich die Parteienvertreter derzeit in Position. Ennahda hat bereits Ansprüche auf das Amt des Ministerpräsidenten angemeldet sowie Interesse am Innen- und Erziehungsministerium bekundet. Über alle Parteien hinweg besteht jedoch Konsens, dass die neue Verfassung eine Verfassung für alle Tunesierinnen und Tunesier werden soll, was grundsätzlich als ein wirklich gutes Zeichen bewertet werden sollte.

Ja, es gibt Ängste davor, dass die neu erstarkte Ennahda zu einem konservativen *rollback* der tunesischen Gesellschaft und Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten insbesondere für Frauen führen wird. Die Tatsache, dass von den 48 Frauen, die in die Verfassungsgebende Versammlung gewählt wurden, 42 der Ennahda angehören, macht die Situation umso delikater. Dass über diese Ängste sowie Optionen der darauf ausgerichteten Einflussnahme öffentlich und emotional debattiert werden kann, ist jedoch das eigentlich Revolutionäre im Tunesien nach der Wahl. Und vor dem Hintergrund einer gut ausgebildeten Mittelschicht, ehemals stabiler Wachstumsraten und einer vergleichsweise diversifizierten Wirtschaft sowie den im arabischen Vergleich mit Abstand fortschrittlichsten gesetzlichen Regelungen zur Gleichberechtigung von Frauen hat Tunesien mit Abstand die besten Voraussetzungen dafür, den überall in der Region schwelenden Identitätskonflikt zwischen Islam und westlicher Moderne weitgehend friedlich verhandeln zu können. Europa ist vor diesem Hintergrund jetzt mehr denn je gefordert, den Prozess der politischen Transition und gesellschaftlichen Neuausrichtung Tunesiens konstruktiv zu begleiten. Gelingt es tatsächlich, den überall in der Region schwelenden Konflikt um Religion, Tradition und Identitäten hier in Tunesien friedlich auszuhandeln, darf sich das Land einmal mehr zur regionalen revolutionären Avantgarde zählen.



### Über die Autorin

**Elisabeth Braune** ist Leiterin der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Hajo Lanz | Leiter | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7426 | Fax: ++49-30-269-35-9233  
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[Simone.Doebbelin@fes.de](mailto:Simone.Doebbelin@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-964-1